

I – Theorie: Zum Stationenlernen

1. Einleitung: Stationenlernen, was ist das?

Unsere Gesellschaft wird seit geraumer Zeit durch Begriffe der Individualisierung gekennzeichnet: *Risikogesellschaft* heißt es bei Ulrich Beck¹, *Multioptionengesellschaft* nennt sie Peter Gross² und für Gerhard Schulze ist es eine *Erlebnisgesellschaft*³. Jeder Begriff beinhaltet einen anderen inhaltlichen Schwerpunkt, doch egal, wie wir diesen Prozess bezeichnen, die Individualisierung – hier zu verstehen als Pluralisierung von Lebensstilen – schreitet voran. Damit wird die Identitäts- und Sinnfindung zu einer individuellen Leistung. Diese Veränderungen wirken sich zwangsläufig auch auf die Institution Schule aus. Damit lässt sich vor allem eine Heterogenität von Lerngruppen hinsichtlich der Lernkultur, der Leistungsfähigkeit sowie der individuellen Lernwege feststellen. Darüber hinaus legt beispielsweise das Schulgesetz Nordrhein-Westfalen im § 1 fest, dass: „*Jeder junge Mensch [...] ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung*“ hat. Das klingt nach einem hehren Ziel – die Frage ist nur, wie wir dieses Ziel erreichen können?

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass es nach meiner Einschätzung nicht *das* pädagogische Allheilmittel gibt, welches wir nur einsetzen müssten und damit wären alle (pädagogischen) Probleme gelöst – trotz alledem möchte ich an dieser Stelle die Methode des *Stationenlernens* präsentieren, da diese der Individualisierung Rechnung tragen kann.

Merkmale des Stationenlernens

„*Lernen an Stationen*‘ bezeichnet die Arbeit mit einem aus verschiedenen Stationen zusammengesetzten Lernangebot, das eine übergeordnete Problematik differenziert entfaltet.“⁴ Schon an dieser Stelle wird offensichtlich, dass für diese Methode unterschiedliche Begriffe verwendet werden. Je-

dem Terminus wohnt eine (mehr oder weniger) anders geartete organisatorische Struktur inne. In den meisten Fällen werden die Begriffe *Lernen an Stationen* und *Stationenlernen* synonym verwendet. Hiervon werden die Lernstraße oder der Lernzirkel unterschieden. Bei diesen beiden Varianten werden in der Regel eine festgelegte Reihenfolge sowie die Vollständigkeit des Durchlaufs aller Stationen verlangt. Daraus ergibt sich zwangsläufig (rein organisatorisch) auch eine festgelegte Arbeitszeit an der jeweiligen Station. Eine weitere Unterscheidung bietet die Lerntheke, an welcher sich die Schülerinnen und Schüler mit Material bedienen können, um anschließend wieder (meist eigenständig) an ihren regulären Plätzen zu arbeiten.

Von diesen Formen soll das *Lernen an Stationen* bzw. das *Stationenlernen* abgegrenzt werden. Diese Unterrichtsmethode ist hier zu verstehen als ein unterrichtliches Verfahren, bei dem der unterrichtliche Gegenstand so aufgefächert wird, dass die einzelnen Stationen unabhängig voneinander bearbeitet werden können – die Schülerinnen und Schüler können die Reihenfolge der Stationen somit eigenständig bestimmen; sie allein entscheiden, wann sie welche Station bearbeiten wollen. Damit arbeiten die Lernenden weitgehend selbständig und eigenverantwortlich (bei meist vorgegebener Sozialform, welche sich aus der Aufgabenstellung ergeben sollte). Um der Heterogenität Rechnung zu tragen, werden neben den Pflichtstationen, die von allen bearbeitet werden müssen, Zusatzstationen angeboten, die nach individuellem Interesse und Leistungsvermögen ausgewählt werden können.

Aufgrund der Auffächerung des Gegenstandes in unterschiedliche Schwerpunkte und der Unterteilung in Pflicht- und Zusatzstationen, bietet es sich an, bei der Konzeption der einzelnen Stationen unterschiedliche Lernzugänge zu verwenden. Auch hier wäre eine weitere schülerspezifischere Differenzierung denkbar. Folglich ist es möglich, einen inhaltlichen Schwerpunkt bspw. einmal über einen rein visuellen Text, zweitens mithilfe eines Bildes/ einer Karikatur und drittens über ein akustisches Material anzubieten und die Lernenden dürfen frei wählen, welchen Materialzugang sie verwenden möchten, jedoch unter der Prämisse, einen zu bearbeiten.

¹ Vgl.: Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Berlin 1986.

² Vgl.: Pongs, Armin; Gross, Peter: *Die Multioptionengesellschaft*. In: Pongs, Armin (Hrsg.): *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? – Gesellschaftskonzepte im Vergleich*, Band I. München 1999, S. 105–127.

³ Vgl.: Schulze, Gerhard: *Die Erlebnisgesellschaft – Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt/Main, New York 1992.

⁴ Lange, Dirk: *Lernen an Stationen im Politikunterricht – Basisbeitrag*. Praxis Politik, Heft 3/2010, Braunschweig 2010, S. 4.

II – Praxis: Materialbeiträge

In diesem Band werden vier ausgearbeitete *Stationenlernen* präsentiert. All diese *Stationenlernen* ergeben sich i. d. R. aus den Unterrichtsvorgaben für die Klassenstufen 9/10. Alle *Stationenlernen* sind so konzipiert, dass diese ohne weitere Vorbereitung im Unterricht der weiterführenden Schulen eingesetzt werden können – trotz alledem sollte eine adäquate Bedingungsanalyse niemals ausbleiben, denn letztendlich gleicht keine Lerngruppe einer anderen.

Die hier präsentierten *Stationenlernen* sind immer in Pflichtstationen (Station 1, 2, 3 ...) und fakultative Zusatzstationen (Zusatzstation A, B ...) unterteilt – die zu bearbeitende Reihenfolge ist durch die Schülerinnen und Schüler (!) frei wählbar. Die Sozialformen sind bewusst offengehalten worden, d. h., in der Regel finden sich auf den Aufgabenblättern keine konkreten Hinweise zur geforderten Gruppengröße. Somit können die Lernenden auch hier frei wählen, ob sie die Aufgaben alleine, mit einem Partner oder innerhalb einer Gruppe bearbeiten wollen – davon abgesehen sollte jedoch keine Gruppe größer als vier Personen sein, da eine größere Mitgliederzahl den Arbeitsprozess i. d. R. eher behindert. Einige wenige Stationen sind jedoch auch so konzipiert worden, dass mindestens eine Partnerarbeit sinnvoll ist.

Zur Bearbeitung sollte für jede Schülerin bzw. jeden Schüler ein Materialblatt bereit liegen – die Aufgabenblätter hingegen sind nur vor Ort (am Stationenarbeitsplatz) auszulegen. Die Laufzettel dienen als Übersicht für die Schülerinnen und Schüler – hier können diese markieren, welche Stationen sie wann bearbeitet haben und welche ihnen somit noch fehlen, gleichzeitig erhalten sie hierbei einen kleinen inhaltlichen Überblick über alle Stationen – andererseits kann die Lehrkraft diese als erste Hinweise zur Arbeitsleistung der Lernenden nutzen. Darüber hinaus können die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Laufzettel auch weiterführende Hinweise und Kommentare zum *Stationenlernen* an sich, zur Arbeitsgestal-

tung o. Ä. vermerken – nach meiner Erfahrung wird diese Möglichkeit eher selten genutzt, kann dann jedoch sehr aufschlussreich sein!

Unverzichtbar für jedes *Stationenlernen* ist eine abschließende Bündelung – auch hierfür wird jeweils eine Idee, welche im Sinne einer zusammenfassenden Urteilsbildung steht und sich aus den einzelnen Stationen ergibt, präsentiert. Mithilfe dieser Bündelung sollen noch einmal einzelne Ergebnisse rekapituliert, angewendet und mit Bezug zu einer konkreten Fragestellung bewertet werden.

In diesem Band werden die folgenden *Stationenlernen* präsentiert:

1. Der Ost-West-Konflikt
2. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg:
 - Leben in der BRD
 - Leben in der DDR
 - Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90

Die *Stationenlernen* beginnen mit einem kurzen einleitenden Sachkommentar sowie kurzen didaktisch-methodischen Hinweisen zu den einzelnen Stationen und zur Durchführung derselben, gefolgt vom Laufzettel für das *Stationenlernen*. Anschließend werden die jeweiligen Stationen (Pflichtstationen und Zusatzstationen) mit jeweils einem Aufgabenblatt sowie i. d. R. einem Materialblatt präsentiert. Zu guter Letzt wird das *Stationenlernen* mit einem Aufgaben- und Materialblatt für die Bündelungsaufgabe abgerundet.

Sinnvoll ist es, wenn jede Station einen festen Platz im Raum erhält. Dies erleichtert es vor allem den Schülerinnen und Schülern, sich zu orientieren. Um dies noch mehr zu vereinfachen, haben sich Stationsschilder bewährt. Auf diesen sollte mindestens die Stationsnummer vermerkt werden. Fakultativ könnten auch der Stationsname und der methodische Zugriff sowie ggf. die Sozialform vermerkt werden.

Laufzettel

zum Stationenlernen 1. Der Ost-West-Konflikt

Station 0 – Der Ost-West-Konflikt: Ein Verlaufsschema erstellen

Station 1 – Eine Welt, zwei Perspektiven:
Sichtweisen vergleichen

Station 2 – Kuba-Krise:
Einen Tagebucheintrag verfassen

Station 3 – Mit Atombomben Frieden schaffen? Die Bienenkorbmethode

Station 4 – Schutzmaßnahmen bei einem Atomangriff: Die WWW-Methode

Station 5 – Wettlauf ins All:
Einen Zeitungsartikel verfassen

Station 6 – Olympia im Kalten Krieg:
Einen Schulbuchartikel verfassen

Zusatzstation A – Berlin-Blockade:
Einen Brief schreiben

Zusatzstation B – Stellvertreterkriege:
Fragen entwickeln

Kommentare:

Station 2

Aufgabe

Kuba-Krise: Einen Tagebucheintrag verfassen

Aufgabe:

Versetze dich in die Gedanken und Gefühle einer historischen Person, die die Kuba-Krise 1962 miterlebt hat und verfasse einen Tagebucheintrag.

1. Erarbeite dir hierfür zuerst das Material.
2. Schaffe eine fiktive Person, die die Kuba-Krise miterlebt hat und versetze dich in ihre Lage. Beantworte dir dabei z. B. folgende Fragen:
 - Was hat diese Person gedacht?
 - Wie hat sie sich gefühlt?
 - Wie hat sie die Kuba-Krise wahrgenommen?
3. Diese Person möchte sich an die Ereignisse und damit auch ihre Gedanken und Gefühle immer erinnern können und möchte daher einen Tagebucheintrag verfassen, in dem die Ereignisse dargestellt werden. Reflektiere hierbei die Auswirkungen der Kuba-Krise.

© PERSEN Verlag

Station 3

Aufgabe

Mit Atombomben Frieden schaffen? Die Bienenkorbmethode

Aufgabe:

Führt ein Gespräch mithilfe der Bienenkorbmethode mit maximal vier Personen durch.

1. Erarbeite dir zuerst die Position von Robert Oppenheimer (Quelle 1) und fasse mit eigenen Worten die Aussagen Oppenheimers zusammen.
2. Erarbeite dir anschließend die anderen Quellen und vergleiche die Prognose Oppenheimers mit der politischen Realität des Kalten Krieges.
3. Führt nun das „Bienenkorbggespräch“ durch, d. h., unterhaltet euch zwanglos über eure Erkenntnisse. Beachtet hierbei die Frage: Kann man mit der Atombombe für Frieden sorgen? (*Achtet hierbei bitte auf eine angenehme Lautstärke. Bedenkt dabei, dass andere Gruppen vielleicht an einer anderen Aufgabe arbeiten und Ruhe benötigen.*)
4. Notiert zuletzt die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Gespräch in Stichpunkten.

Die Bienenkorbmethode ermöglicht es dir, dich nach einer intensiven Einzel- oder Partnerarbeit mit deinem Banknachbarn zwanglos in einer Zweier-, Dreier- oder Vierergruppe über das Erfahrene auszutauschen. Somit können die Informationen gleich verarbeitet werden.

© PERSEN Verlag

Station 0

Material 1

Der Ost-West-Konflikt: Ein Verlaufsschema erstellen

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Nachdem die USA am 6. und 9. August 1945 die bisher einzigen in einem Krieg eingesetzten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen, kapituliert auch Japan und der Zweite Weltkrieg war offiziell beendet. Der Krieg hatte ungefähr 55 Millionen Menschen das Leben gekostet. Die Menschen sehnten sich nach Frieden, der nun in den Händen der Sieger lag.

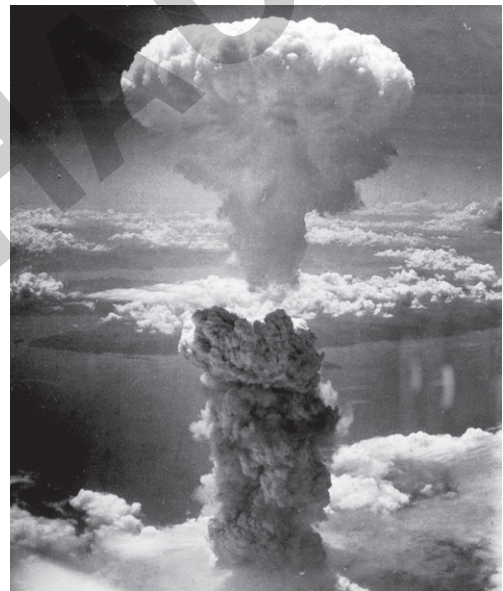
Schon während des Krieges hatten sich die USA, Großbritannien und die UdSSR auf die Grundzüge einer neuen Nachkriegsordnung verständigt: Zur Sicherung des Weltfriedens sollte eine neue internationale Organisation, die „Vereinten Nationen“, geschaffen werden. Außerdem sollte die UdSSR einen Ausgleich für die großen Verluste während des Krieges erhalten. Die westlichen Alliierten nahmen deshalb Stalins Forderung nach einer „Westverschiebung“ Polens hin: Die UdSSR erhielt einen (östlichen) Teil des polnischen Staatsgebiets, das wiederum als Ausgleich einen Teil des ehemaligen deutschen Staatsgebiets erhielt. Um die Stabilität des nun neuen polnischen Gebiets zu sichern, sollten alle Deutschen aus diesen Gebieten vertrieben werden.

Nachdem man sich lange im Unklaren darüber gewesen war, wie man mit dem besiegten Deutschland verfahren sollte, einigten sich die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) u. a. auf eine Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Doch schon nach wenigen Monaten wurde deutlich, dass die so erfolgreiche militärische Zusammenarbeit der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg nur eine Art Notgemeinschaft gewesen war, die nach dem Sieg schnell wieder zerbrach. Der seit der Oktoberrevolution Russlands 1917 entstandene ideologische Gegensatz zwischen dem Kommunismus sowjetischer und der liberalen Demokratie amerikanischer Prägung brach wieder auf. Der Ost-West-Konflikt mündete in einen „Kalten Krieg“.

Schon Zeitgenossen haben für die Epoche zwischen 1947 und 1989 den Begriff „Kalter Krieg“ benutzt.



Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel unterzeichnet am 8./9. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.



Atompilz über Nagasaki am 9. August 1945



Die „Großen Drei“ der Potsdamer Konferenz (sitzend v. l.): der britische Premierminister Clement Attlee, US-Präsident Harry S. Truman, der sowjetische Staatschef Josef Stalin. Dahinter (v. l.): US-Admiral William Daniel Leahy und die Außenminister Ernest Bevin (GB), James F. Burnes (US) und Wjat-

Station 2

Material 1

Kuba-Krise: Einen Tagebucheintrag verfassen

Lange Zeit unterstützten die USA den kubanischen Diktator Fulgencio Batista und dessen Regierung. 1959 brach jedoch ein Bürgerkrieg auf Kuba aus, in dessen Folge Batista gestürzt und Fidel Castro neuer Regierungschef wurde. Die USA nahmen diese Entwicklung mit Schrecken auf, denn Castro war nicht nur Kommunist, sondern wurde auch durch die UdSSR finanziell und militärisch unterstützt. Die USA befürchteten, dass diese Entwicklung auch auf andere Staaten in Lateinamerika ausstrahlen könnte und unternahm 1961 erfolglos einen Invasionsversuch, um Castro zu stürzen.



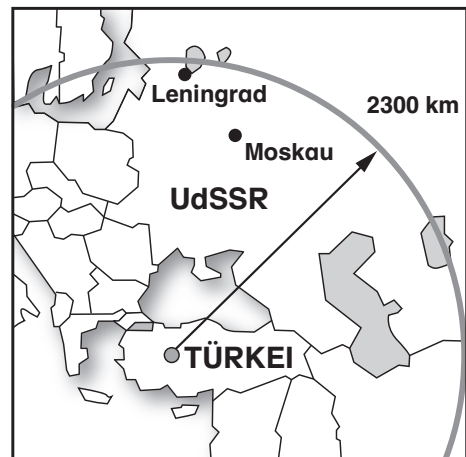
Kuba, die kleine Insel vor der Haustür der USA

Ab dem Sommer 1962 begann die UdSSR mit der Stationierung von Raketen mit Atomsprenköpfen auf Kuba, die in der Lage gewesen wären, die Vereinigten Staaten zu bedrohen. Die eigentliche Kuba-Krise trat am 22. Oktober 1962 ein, als der US-Präsident John F. Kennedy die Sowjetunion aufforderte, die Raketen zurückzuziehen. Um jegliche weitere militärische Lieferungen für Kuba zu unterbinden, verhängte Kennedy eine Schiffsblockade über die Insel und bereitet die amerikanischen Streitkräfte auf eine Invasion vor. Sieben Tage lang – in denen laufend Verhandlungen stattfanden – lebte die Welt in einer wachsenden Spannung, mit der realen Angst, in einen atomaren Konflikt gezogen zu werden. Am 28. Oktober 1962 akzeptierte der Staatschef der UdSSR Nikita Chruschtschow die Forderung, die Raketen abzuziehen. Im Gegenzug verlangte er jedoch die Zusicherung, dass die USA nicht in Kuba einfallen und einige Raketen der NATO aus Italien und der Türkei entfernt würden.



Reichweite der sowjetischen Raketen, die im Sommer 1962 auf Kuba stationiert wurden

Die Kuba-Krise hatte deutlich gemacht, dass die militärische Drohhänge der beiden Großmächte die Welt in den atomaren Abgrund stürzen könnte. Die Kuba-Krise war damit ein weiterer Höhepunkt im Ost-West-Konflikt, gleichzeitig aber auch ein Wendepunkt, denn von nun an begannen Washington und Moskau über die Kontrolle der Atomwaffen zu verhandeln, mit dem Ziel, das erreichte „Gleichgewicht des Schreckens“ zu sichern. Im August 1963 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen, das Atomversuche in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum verbot. Das Weiße Haus und der Kreml waren von nun an durch eine direkte Leitung (das sogenannte „rote Telefon“) verbunden. Dadurch sollte eine schnellere gegenseitige Kontaktaufnahme ermöglicht werden. Trotz dieser ersten Entspannungsversuche blieben die Rivalitäten noch jahrelang bestehen.



Reichweite der US-amerikanischen Raketen in der Türkei

Schutzmaßnahmen bei einem Atomangriff: Die W-W-Methode

Durch das Wettrüsten der beiden Großmächte USA und UdSSR und der Tatsache geschuldet, dass beide Seiten über die Atombombe verfügten, entstand seit den 1950er-Jahren die reale Gefahr eines Atomkriegs. Sollte es zu solch einem Krieg kommen, so würden die jeweiligen Großstädte wohl das primäre Ziel darstellen. Umso wichtiger erschien es, die eigene Bevölkerung auf einen solchen Fall vorzubereiten, um sie schützen zu können. Die reale Wirkung der entstehenden Radioaktivität war jedoch nur wenig erforscht und so wirken die damals empfohlenen spontanen Schutzmaßnahmen aus heutiger Sicht eher naiv.

In US-amerikanischen Schulen wurde ab 1951 der Lehrfilm „Duck and Cover with Bert the Turtle“ gezeigt, der Kindern das richtige Verhalten im Fall eines Atomangriffs erklären sollte; „ducken und bedecken“ lautete damit die Schutzmaßnahme. Ähnlich wie bei heutigen Feueralarmübungen, wurden die Situationen in der Schule geübt: Auf Signal des Lehrers hatte sich jeder Schüler auf den Boden zu werfen und den Kopf oder den ganzen Körper unter seiner Schulbank zu verstecken. Falls man sich gerade im Freien befand, sollte man seinen Kopf mit Kleidung bedecken.

Anders als Bert the Turtle verfügt der Mensch jedoch nicht über einen Panzer – so der Lehrfilm, daher sollte der Mensch im Bestfall einen Atomschutzbunker aufsuchen. Aber nur einige wenige US-Amerikaner verfügten über eine solche Zufluchtsmöglichkeit, der für den entsprechenden Fall präpariert war.

Ziel dieser Schutzmaßnahmen war vor allem, die eigene Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen und ihnen zu vermitteln, dass jeder – mit den richtigen Maßnahmen – überleben könne. Der Wahrheit entsprach das wahrlich nicht, denn wir wissen heute, dass radioaktive Strahlung nicht durch Kleidung oder ducken abgehalten werden kann. Selbst die vorhandenen Schutzbunker hätten nicht einmal für zehn Prozent der Bevölkerung ausgereicht und viele davon waren auch bautechnisch nicht für einen Angriff ausgelegt.



Weiterführende Links:

<https://archive.org/details/DuckandC1951>

[Informationsvideo „Duck and cover“ der US-Zivilschutzbehörde von 1951];

aktuelle Ratschläge unter: de.wikihow.com/Einen-Atomkrieg-überleben

Station 6

Material 3

Olympia im Kalten Krieg: Einen Schulbuchartikel verfassen

Der Konkurrenzkampf zwischen der BRD und der DDR erhöhte sich Mitte der 1960er-Jahre noch einmal, denn 1964 nahm bei den Olympischen Spielen zum vorerst letzten Mal eine gesamtdeutsche Mannschaft teil. Zwischen 1968 und 1988 traten somit zwei getrennte deutsche Mannschaften – je eine für die BRD und eine für die DDR – bei den Olympischen Spielen an und konkurrierten somit auch als Systeme um die Medaillen.

5

Medaillenspiegel Olympia 1956 (Melbourne)

Platz	Land	Gold	Silber	Bronze	Gesamt
1	UdSSR	37	29	32	98
2	USA	32	25	17	74
3	Australien	13	8	14	35
4	Ungarn	9	10	7	26
7	Deutschland	6	13	7	26

Medaillenspiegel Olympia 1964 (Tokyo)

Platz	Land	Gold	Silber	Bronze	Gesamt
1	USA	36	26	28	90
2	UdSSR	30	31	35	96
3	Japan	16	5	8	29
4	Deutschland	10	22	18	50
5	Italien	10	10	7	27

Medaillenspiegel Olympia 1968 (Mexico City)

Platz	Land	Gold	Silber	Bronze	Gesamt
1	USA	45	28	34	107
2	UdSSR	29	32	30	91
3	Japan	11	7	7	25
5	DDR	9	9	7	25
8	BRD	5	11	10	26

Medaillenspiegel Olympia 1988 (Seoul)

Platz	Land	Gold	Silber	Bronze	Gesamt
1	UdSSR	55	31	46	132
2	DDR	37	35	30	102
3	USA	36	31	27	94
4	Südkorea	12	10	11	33
5	BRD	11	14	15	40

Stellvertreterkriege: Fragen entwickeln

Der Kalte Krieg zwischen den USA und der UdSSR wurde auf unterschiedlichen Ebenen geführt. Allgemeines Ziel war es, die Überlegenheit der eigenen Ideologie gegenüber der anderen zu beweisen. Seit 1949 verfügten jedoch beide Nationen über atomare Massenvernichtungswaffen. Die gegenseitige Möglichkeit der totalen Vernichtung des Gegners hatte durch-

5 aus Auswirkungen auf das Handeln der beiden Konfliktparteien. Eine direkte Konfrontation sollte möglichst vermieden werden. Somit verlagerte sich die Konkurrenz und wurde in anderen Gebieten der Erde, vor allem in Asien und Afrika, ausgetragen. Korea, Vietnam, Angola, Äthiopien und Afghanistan zählen zu den bekannten Regionen dieser Stellvertreterkriege im Zuge des Kalten Krieges.

10 Der Koreakrieg (1950–1953)

Nach der Kapitulation Japans 1945 besetzten sowjetische Truppen den Norden Koreas, US-amerikanische Einheiten den Süden des Landes. Die

15 Grenze zwischen beiden Einflusssphären bildete der 38. Breitengrad. Der Kalte Krieg verhinderte jedoch eine Einigung der Besatzungsmächte über die Strukturen eines unabhängigen demokratischen Koreas.

So entstand im Süden mit der Republik Korea ein autoritäres Militärregime unter dem Schutz der USA und im Norden eine kommunistische Volksrepublik, die

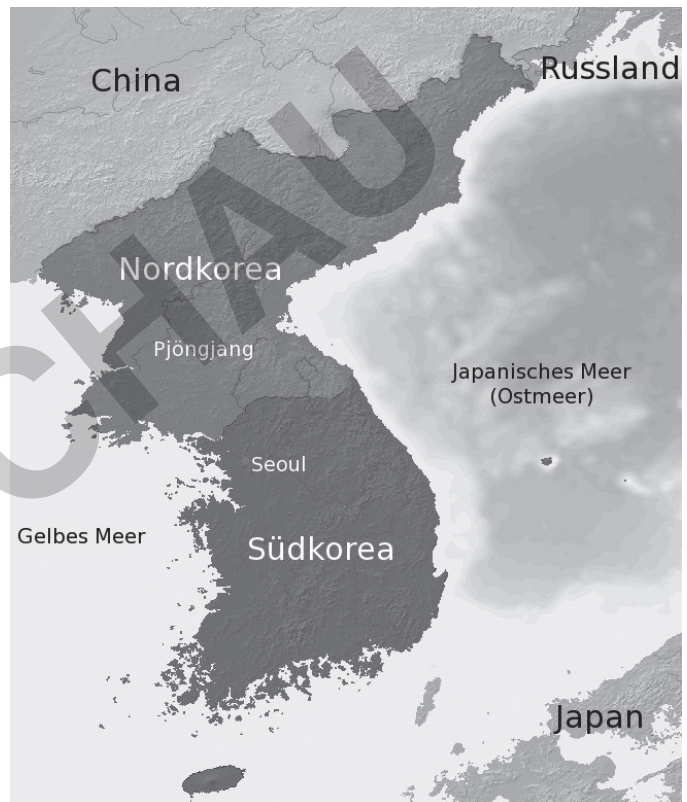
20 von der UdSSR und China Unterstützung erhielt. Südkorea und Nordkorea beanspruchten jedoch die Herrschaft über das gesamte Land.

Nach dem Abzug der US-Amerikaner

25 überschritten nordkoreanische Truppen im Juni 1950 den 38. Breitengrad. Die USA sahen darin einen Beweis für die aggressive Politik des Kommunismus und entschlossen sich zum militäri-

35 schen Eingreifen. Als US-Verbände in einer See- und Landoffensive den 38. Breitengrad überschritten und nach China vorstießen, griffen 200 000 chinesische Freiwillige zugunsten Nordkoreas ein. Als diese Gegenoffensive überraschend Erfolge erzielte, forderte der US-amerikanische General MacArthur sogar den Einsatz von Atomwaffen gegen China.

40 Eine solche Eskalation lag jedoch nicht im Interesse der US-Regierung unter Präsident Truman. So beendete im Juli 1953 ein Waffenstillstandsabkommen die militärische Auseinandersetzung und bestätigte den 38. Breitengrad als Demarkationslinie. Der Konflikt forderte etwa zwei Millionen Opfer unter Zivilisten und Soldaten und vertiefte die Furcht vor einem Militärschlag in Ost und West. Korea ist bis heute geteilt.



Die Grenzen der heutigen Teilstaaten des kommunistischen Nordkoreas und des demokratischen Südkoreas entlang des 38. Breitengrades

2. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

- **Leben in der BRD**
- **Leben in der DDR**
- **Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90**

Die Deutschen – ein geteiltes Volk? Die Idee eines einheitlichen deutschen Staates entstand schon im Laufe des 19. Jahrhunderts, als es noch über 300 Klein- und Kleinstfürstentümer gab, die über eigene Staatsbürger und ein eigenes Staatsgebiet verfügten. Ein deutsches Nationalgefühl existierte eher als eine Idee des aufkeimenden liberalen Bürgertums. Nach der gescheiterten liberalen Revolution 1848/49 einte Otto von Bismarck die deutschen Fürstentümer 1871 durch „Eisen und Blut“; um einen deutschen Nationalstaat im Sinne der Liberalen handelte es sich hierbei wahrlich nicht. Das Deutsche Kaiserreich war ein konservativ-autoritärer Staat, auch wenn einige wenige modern-liberale Elemente Aufnahme fanden.

So wie das Kaiserreich durch Kriege entstanden war, so endete es auch durch einen Krieg, diesmal weit größerer Dimension. Daraus hervorgegangen war die erste Republik auf deutschem Boden; eine „Demokratie ohne Demokraten“, wie es in der Rückschau oft hieß. Und so war auch der Weimarer Republik kein langes Leben beschieden. Der folgende Nationalsozialismus verursachte nicht nur den Zweiten Weltkrieg und millionenfachen Mord, sondern auch die Teilung Deutschlands. Denn nachdem die vier Siegermächte sich nicht auf eine einheitliche Deutschlandpolitik einigen konnten, wurden 1949 gleich zwei deutsche Staaten gegründet, die demokratische und marktwirtschaftliche Bundesrepublik Deutschland und die kommunistisch und planwirtschaftlich ausgerichtete Deutsche Demokratische Republik. Die deutsche Teilung wurde damit zum Sinnbild des Kalten Krieges. Die ideologische Trennlinie verlief nicht nur mitten durch Europa, sondern teilte Familien, Freunde und Städte. Obwohl beide Staaten offiziell eine Vereinigung anstrebten, dauerte es doch gut vierzig Jahre bis zur Wiedervereinigung. „Deutschland – eine verspätete Nation“, so titelte der Soziologe Helmut Plessner 1959¹, „der lange Weg nach Westen“ nennt der Historiker Heinrich August Winkler² diesen Abschnitt deutscher Geschichte.

Während die deutsche Teilung und der folgende Vereinigungsprozess die heutige Gesellschaft entscheidend prägten, so ist das Erleben dieser Ereignisse wahrlich nicht Teil der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler unserer Tage. Vielen ist nicht einmal bewusst, dass es vor knapp zwanzig Jahren noch zwei deutsche Staaten gab.

Schon innerhalb der ersten Jahre entwickelten sich die beiden deutschen Staaten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in völlig andere Richtungen. So steigerte das Wirtschaftswunder in der BRD nicht nur den Wohlstand, sondern auch die politische Stabilität der BRD, während sich vor allem die wirtschaftliche Lage in der DDR zunehmend zuspitzte – ihre Unzufriedenheit drückten die DDR-Bürger „mit ihren Füßen“ aus. Das Ergebnis war eindeutig: Zwischen 1949 und 1961 verließen knapp 2,7 Mio. DDR-Bürger ihre Heimat.

Um ein Ausbluten der DDR zu verhindern, musste die SED-Führung reagieren – und sie tat es. Am 13. August 1961 mauerte sich die DDR regelrecht ein. Als offiziellen Grund nannte der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht die „anhaltenden Maßnahmen des Westens“, den Aufbau des Sozialismus zu stören. Rückendeckung erhielt die SED hierbei von der Sowjetunion und sowjetischen Truppen, sodass die BRD nur tatenlos zusehen konnte, wie die Teilung Deutschlands weiter zementiert wurde.

„Was geschah am 13. August 1961?“, lautete der Titel einer Studie, die durch die Bundesstiftung Aufarbeitung in Auftrag gegeben wurde. Das Ergebnis sollte jeden Geschichtslehrer mit Sorge erfüllen, denn gerade einmal die Hälfte der Deutschen weiß, dass an diesem Tag die DDR-Führung damit begonnen hatte, die Mauer zu errichten – unter den Jüngeren ist es sogar nur ein Drittel. Eine weitere Erkenntnis der Studie ist, dass „jeder fünfte Bundesbürger glaubt, dass die DDR-Führung mit dem Bau der Mauer versucht habe, den Ost-West-

¹ Plessner, Helmut: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Stuttgart 1959.

² Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. München

Laufzettel

zum Stationenlernen
**2. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg:
Leben in der BRD**

Station 0 – Die Gründung der BRD: Einen Zeitstrahl erstellen

Station 1 – Das politische System der BRD:
Einen Brief an einen Freund schreiben

Station 2 – Die Politik Adenauers:
Einen Schulbuchartikel verfassen

Station 3 – Die soziale Marktwirtschaft:
Die Bienenkorbmethode

Station 4 – Nachkriegswirtschaft:
Einen Lexikonartikel schreiben

Station 5 – Frauenbilder in der BRD:
Ein Statement formulieren

Station 6 – Jugend in der BRD:
Fragen entwickeln

Zusatzstation A – Entnazifizierungsmaßnahmen: Einen Bericht erstellen

Zusatzstation B – Protest und Terrorismus:
Ein Plakat gestalten

Zusatzstation C – Die „Neue Ostpolitik“:
Eine Diskussion führen

Station 7 – Parteien in der BRD:
Ein Lied texten

Kommentare:

Station 4

Aufgabe

Nachkriegswirtschaft: Einen Lexikonartikel schreiben

Aufgabe:

Erstelle einen Lexikonartikel über die wirtschaftliche Entwicklung in den 1950er-Jahren in der BRD.

1. Erarbeite dir hierfür zuerst das Material.
2. Überlege, welche Dinge du für deinen Lexikonartikel verwenden möchtest und mache dir Stichpunkte dazu. Achte dabei auch auf die verfolgten Ziele sowie die durchgeführten Maßnahmen.
3. Schreibe nun deinen Lexikonartikel.

© PERSEN Verlag

Station 5

Aufgabe

Frauenbilder in der BRD: Ein Statement formulieren

*Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es im Artikel 3:
„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“*

Aufgabe:

Positioniere dich symbolisch zur Politik Franz-Josef Wuermelings (CDU).

1. Erarbeite dir hierfür zuerst das Material.
2. Erkläre mit eigenen Worten:
 - a) den Inhalt des Artikels 3 des Grundgesetzes der BRD
 - b) die Position Wuermelings zur Aufgabe der Frauen
3. Vergleiche die Ziele des Grundgesetzes mit der Position Wuermelings und reagiere auf die Aussage Wuermelings.
4. Verfasse hierzu ein kurzes Statement.

Die Gründung der BRD: Einen Zeitstrahl erstellen

Um die Wirtschaft in ganz Europa wieder in Gang zu bringen, vergaben die USA ab 1947 großzügige Wirtschaftshilfen an alle Länder in Europa, die vom Zweiten Weltkrieg betroffen waren. Einzige Voraussetzung war, dass sich diese Länder auf eine gemeinsame Wirtschaftsordnung für Europa verständigten. Dieser Forderung kamen immerhin 16 europäische Staaten nach, die damit die „Organization for European Economic Cooperation“ (OEEC), eine Art Keimzelle für die europäische Integration, gründeten. Zwischen 1948 und 1952 flossen im Rahmen des sogenannten Marshallplans 11 Milliarden US-Dollar nach Europa. Diese finanzielle Hilfe musste – mit Ausnahme von Deutschland – nicht zurückgezahlt werden. Allerdings sicherten sich die USA damit zwei Vorteile: Mit dem Geld durften nur amerikanische Waren importiert werden und 50 Prozent der Lieferungen hatten auf amerikanischen Schiffen zu erfolgen; indirekt holten sich die USA ihr Geld somit zurück und förderten und sicherten ihre eigene Wirtschaftsleistung.

1948 beschlossen die Westmächte, den Deutschen in den Westzonen die Möglichkeit zu geben, eine Verfassung auszuarbeiten und einen eigenen Staat zu gründen. Die Regierungschefs der inzwischen in den Westzonen gegründeten Länder standen dem Angebot der Westmächte, einen neuen westdeutschen Staat ins Leben zu rufen, zunächst sehr skeptisch gegenüber. Denn sie wussten, dass eine solche Staatsgründung zu einer endgültigen Spaltung Deutschlands führen würde. Andererseits eröffnete sie die Aussicht auf Normalität und die

Wiedergewinnung staatlicher Souveränität. Schließlich fand man einen Kompromiss: Der neue westdeutsche Staat sollte entstehen, aber er sollte ausdrücklich ein vorübergehendes Provisorium bleiben – bis zu einer späteren Vereinigung mit der Sowjetischen Besatzungszone. Die zukünftige Verfassung des westdeutschen Staates wurde von Vertretern aus allen westdeutschen Ländern im „Parlamentarischen Rat“ erarbeitet. Um ihren provisorischen Charakter zu betonen, nannte man sie aber nicht „Verfassung“, sondern „Grundgesetz“. Es wurde am 23. Mai 1949 verkündet und damit die Bundesrepublik Deutschland als westdeutscher Teilstaat geschaffen. Im September 1949 fand die erste Bundestagswahl statt, aus der die neu formierte Christlich Demokratische Union (CDU) als Wahlsiegerin hervorging. Konrad Adenauer wurde der erste Bundeskanzler der BRD.



Gedenktafel „Parlamentarischer Rat“ im Bonner Museum König

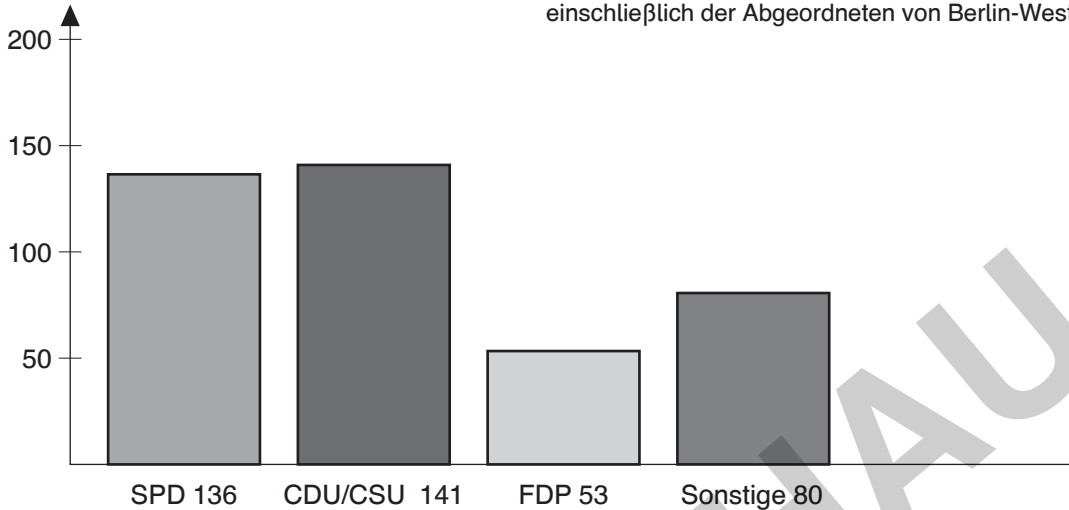
Station 2

Material 1

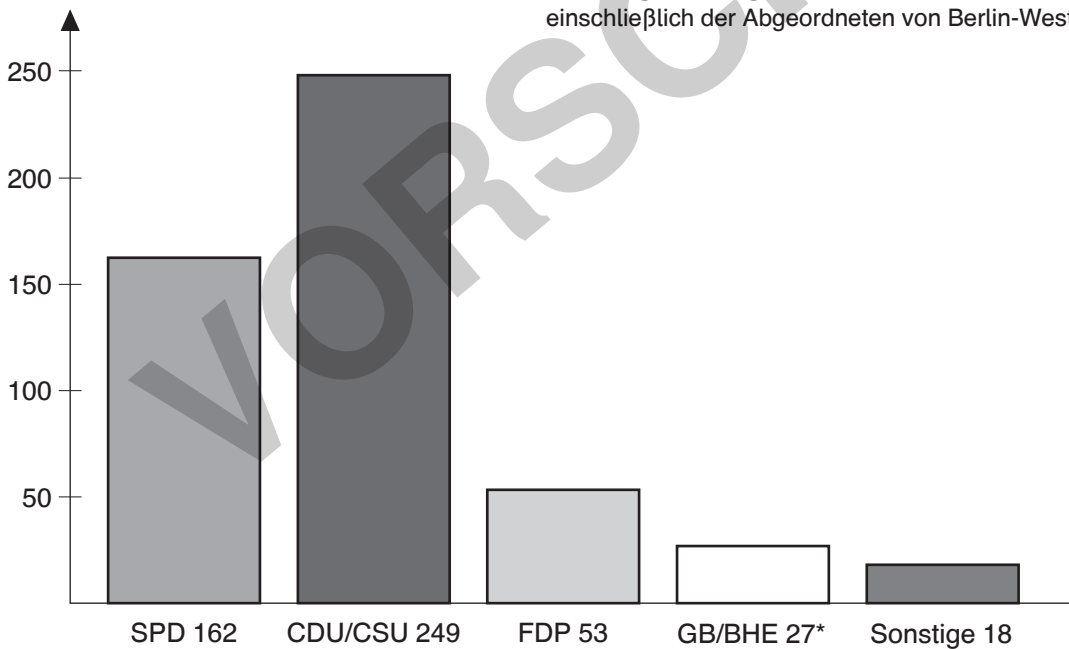
Die Politik Adenauers: Einen Schulbuchartikel verfassen

1949 fand in der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland die erste Bundestagswahl statt, aus der der Spitzenkandidat der CDU/CSU, Konrad Adenauer, nur sehr knapp als Wahlsieger hervorging. Vier Jahre später (1953) war der Wahlsieg Adenauers eindeutiger.

Sitze der Parteien im 1. Deutschen Bundestag 1949 (gesamt 410 Sitze) – Stand bei der Wahl einschließlich der Abgeordneten von Berlin-West und ohne Saarland



Sitze der Parteien im 2. Deutschen Bundestag 1953 (gesamt 509 Sitze) – Stand bei der Wahl einschließlich der Abgeordneten von Berlin-West und ohne Saarland



*Bund Heimatvertriebener

GB-BHE = Gesamtdeutscher Bund – Bund der Heimatvertriebenen

Die soziale Marktwirtschaft: Die Bienenkorbmethode

Im System der freien Marktwirtschaft sollten sich nach Ludwig Erhard Angebot und Nachfrage auf dem Markt frei und ohne Eingriffe des Staates entwickeln können. Diesem Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass freie Konkurrenz, freie Preise und freie Löhne zu hoher Produktion und steigendem Wohlstand führen. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf diesem System, will aber zugleich einen sozialen Ausgleich schaffen. Der Staat soll dort für soziale Gerechtigkeit sorgen, wo der freie Markt zu Härten und Ungerechtigkeiten führt.

Die soziale Marktwirtschaft basiert damit auf fünf Grundprinzipien:

1. **Prinzip der freien Initiative:** Unternehmer, Arbeitnehmer und Konsumenten sollen frei handeln können. Auf ihrer Aktivität und ihrem Fleiß beruht der Wohlstand.
2. **Wettbewerbsprinzip:** Der freie Wettbewerb in der Wirtschaft soll zur Leistung anspornen und überhöhte Preise verhindern.
3. **Sozialprinzip:** Einkommensunterschiede sollen zwar Anstrengung belohnen (bzw. fehlende Leistung bestrafen), zugleich aber sollen Menschen, die nicht am Wettbewerb teilnehmen können (z. B. Kinder, Alte, Behinderte oder Menschen, die in Not geraten sind), geschützt werden.
4. **Stabilitätspolitisches Prinzip:** Staatliche Wirtschaftspolitik soll drastische Fehlentwicklungen wie Inflation oder zu hohe Arbeitslosigkeit verhindern und eine stabile Wirtschaftsentwicklung unterstützen.
5. **Prinzip der Marktkonformität:** Preisvorschriften sollen den Markt nicht einschränken.

„Wohlstand für alle“, das war das Schlagwort. Verbunden war damit das Ziel, dass diejenigen, die arbeiten, ausreichend verdienen sollten, um sich einen bescheidenen Wohlstand leisten zu können. Durch soziale Sicherung sollte niemand in Armut leben müssen. Die soziale Marktwirtschaft wäre aber ohne die Währungsreform 1948 eben nur ein Konzept geblieben: Um die Versorgung breiter Bevölkerungskreise garantieren zu können, führten die Alliierten Lebensmittelkarten sowie eine strenge Rationierung der Lebensmittel ein. Damit blieben die Lebensmittelpreise zwar niedrig und stabil, durch die festgelegten Niedrigpreise lohnten sich die Herstellung und der Verkauf aber nicht mehr; der (illegale) Schwarzmarkt blühte.



Ludwig Erhard entwickelte als Finanzminister (1949–63) das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. 1963 wurde er als Nachfolger Konrad Adenauers zum Bundeskanzler gewählt.

Station 6

Material

Jugend in der BRD: Fragen entwickeln

In den 1950er-Jahren waren die westlichen Besatzungszonen einerseits durch den wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch durch die Präsenz der Besatzungsmächte gekennzeichnet. Während die alliierten Machthaber anfangs noch ein „Fraternisierungsverbot“ (ein Verbot der Verbrüderung) aussprachen, nahm die Distanz zwischen US-amerikanischen Soldaten und meist jugendlichen Deutschen zunehmend ab. Bot doch gerade der nordamerikanische Lebensstil einen Hauch von Freiheit und nicht zuletzt



Bill Haley and his Comets landeten 1954 mit ihrem Song „Rock around the Clock“ einen Welthit.

waren die Kaugummis und die Schokolade der Amerikaner gern gesehene Geschenke. Dabei blieb es nicht lange – gerade die deutsche Jugend versuchte in ihrem Verhalten und Auftreten immer mehr den „amerikanischen Stil“ zu kopieren. Der wirtschaftliche Aufschwung tat sein Übriges dazu: Schrittweise konnten sich die Deutschen immer mehr Konsumgüter leisten. Auch die Jugendlichen verfügten kontinuierlich über eigenes Geld. Damit entstand im Laufe der 1950er-Jahre erstmals eine eigenständige Jugendkultur. Für diese „Eckensteher“, die ihre Zeit am liebsten mit dem Hören von lauter Rock-'n'-Roll-Musik, dem „Herumlungern“ auf den Straßen oder in Bars verbrachten, entstand bald die Bezeichnung „Halbstarke“.

Filme wie „... denn sie wissen nicht, was sie tun“ mit dem Jugendidol James Dean und dem deutschen Gegenstück „Die Halbstarke“ mit Horst Buchholz in den Hauptrollen, entfachten die jugendliche Begeisterung und die Abwehrhaltung der Erwachsenen weiter.

Der Rock-'n'-Roll als westdeutsches Phänomen der 1950er-Jahre überlebte diese Dekade zwar nicht, er bildete aber den Startschuss für die folgenden westdeutschen Jugendkulturen. In den 1960er-Jahren waren es eher die Hippies und Gammler, in den 1970er-Jahren die Punks und die Anhänger von Gothic und Wave.

Auch wenn nicht jeder Jugendliche sich einer Jugendkultur zugehörig fühlte, so waren diese doch Ausdruck eines jugendlichen Eigenstrebens, welches die BRD – wenn auch nicht gezielt förderte – wenigstens ermöglichte.



Eines der ganz großen Filmidole der 50er-Jahre war James Dean.

Protest und Terrorismus: Ein Plakat gestalten



Protest gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968

Ulrike Meinhof gehörte zu den Gründern der Rote Armee Fraktion und wurde zu deren Chefideologin. In der Haft verfasste sie ein Schreiben, in dem sie die Weltsicht und die Strategie der RAF so umriss: „Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in den eigenen Dreck zu ziehen, dass sie das Gefühl für ihre eigene Lage [...] weitgehend verloren haben, sodass sie fürs Auto, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen und sich was anderes als ein Auto, eine Ferienerreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen können. [...] Daraus folgt aber, dass jeder, der sich aus diesen Zwängen befreit, [...] jeder, der nicht mehr mitmacht, revolutionäres Subjekt ist. Wer immer anfängt, zu kämpfen und Widerstand zu leisten, ist einer von uns.“ Ulrike Meinhof radikalisierte zunehmend und schreckte auch vor Terroranschlägen mit Todesopfern (1972) nicht zurück. 1976 fand man die 42-Jährige tot in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart-Stammheim auf.

Zitiert nach: Krebs, Mario: Ulrike Meinhof – Ein Leben im Widerspruch. Reinbek 1988, S. 250.

Laufzettel

zum Stationenlernen

2. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: Leben in der DDR

Station 0 – Die Gründung der DDR: Einen Zeitstrahl erstellen

Station 1 – Das politische System der DDR:
Einen Brief an einen Freund schreiben

Station 8 – Bau der Berliner Mauer:
Einen Tagebucheintrag verfassen

Station 2 – Ulbricht und Honecker:
Einen Schulbuchartikel verfassen

Station 9 – Ministerium für Staatssicherheit:
Eine Mindmap erstellen

Station 3 – Planwirtschaft:
Die Bienenkorbmethode

Station 4 – Nachkriegswirtschaft:
Einen Lexikonartikel erstellen

**Zusatzstation A – Entnazifizierungs-
maßnahmen:** Einen Bericht erstellen

Station 5 – Frauenbilder in der DDR:
Ein Statement formulieren

Zusatzstation B – 17. Juni 1953:
Eine Umfrage erstellen

Station 6 – Jugend in der DDR:
Fragen entwickeln

Zusatzstation C – Bürgerbewegung:
Ein Plakat gestalten

Station 7 – SED:
Ein Lied umschreiben

Zusatzstation D – 40. Jahrestag der DDR:
Eine Diskussion führen

Kommentare:

Station 6

Aufgabe

Jugend in der DDR: Fragen entwickeln

Aufgabe:

Suche dir für diese Aufgabe einen Partner. Jeder von euch soll nun (eigenständig) verschiedene Fragen formulieren, die sich aus dem Material ergeben.

1. Erarbeite dir hierfür zuerst das Material.
2. Jeder von euch entwickelt nun Fragen, die sich aus dem Material ergeben.
3. Stellt euch jeweils abwechselnd nacheinander eure Fragen. Die gefragte Person soll die Frage beantworten können – ist dies nicht der Fall, so muss sie noch einmal das Material zu Hilfe nehmen und nachlesen. Kann die Frage dann noch immer nicht beantwortet werden, so soll die fragende Person einen Hinweis geben. Das setzt voraus, dass sie die Antwort auch selbst weiß. Am Ende soll keine Frage unbeantwortet bleiben.
4. Verfasst zum Abschluss gemeinsam eine kurze, selbst formulierte Zusammenfassung des Inhalts.

© PERSEN Verlag

Station 7

Aufgabe

SED: Ein Lied umschreiben

„Das Lied der Partei“ von Louis Fünberg aus dem Jahre 1950 ist eines der bekanntesten Lieder über das politische System der DDR und über die SED, drückt es doch das politische Verständnis der DDR aus.

Aufgabe:

Verfasst eine moderne Variante zum „Lied der Partei“.

1. Erarbeitet euch hierfür zuerst das Material.
2. Formuliert mit eigenen Worten die Kernaussagen des Liedtextes.
3. Verfasst nun eine sprachlich aktuellere Fassung zum „Lied der Partei“.
4. *Zusatzaufgabe:* Überlegt, warum es solch ein Lied weder in der BRD der 1950er-Jahre noch heute geben würde.

Zusatzstation C

Aufgabe

Bürgerbewegung: Ein Plakat gestalten

Aufgabe:

Erstelle ein Plakat über die Bürgerbewegung der DDR.

1. Erarbeite dir hierfür zuerst das Material.
2. Notiere dir die zentralen Inhalte der Bürgerbewegung der DDR – achte hierbei besonders auf:
 - a) Ziele
 - b) Aktionen
 - c) Akteure
 - d) Anlass
 - e) Verlauf
 - f) Folgen
3. Erstelle nun ein ansprechendes Plakat über die Bürgerbewegung der DDR. Du solltest auch Bilder und weitere illustrierende Elemente einfügen.

© PERSEN Verlag

Zusatzstation D

Aufgabe

40. Jahrestag der DDR: Eine Diskussion führen

Aufgabe:

Das Jahr 1989 war ein entscheidendes Jahr in der deutsch-deutschen Beziehung. Einerseits deutete Michail Gorbatschow mit den Schlagworten Glasnost und Perestroika Veränderungen im sozialistischen Lager an, andererseits jährte sich 1989 auch das 40-jährige Bestehen der DDR. Führe eine Diskussion über den 40. Jahrestag der DDR.

1. Erarbeite dir hierfür die Rede von Michail Gorbatschow.
2. Notiere dir die zentralen Aussagen dieser Rede.
3. Notiere dir konkrete Erwartungen, die ein DDR-Bürger nach den Aussagen Gorbatschows an die Führung der DDR stellen würde.
4. Arbeite die zentralen Aussagen der Rede von Erich Honecker heraus.
5. Überlege dir, wie ein DDR-Bürger nun auf die Aussagen Honeckers reagieren würde.
6. Führe eine Diskussion über den 40. Jahrestag der DDR. Beachte hierbei die Erwartungen, die du nach der Rede Gorbatschows gehabt hast, und die Äußerungen Honeckers.

© PERSEN Verlag

Das politische System der DDR: Einen Brief an einen Freund schreiben

Historische Erfahrungen und weltanschauliche Grundlagen Die Institutionen der DDR – zusammengefasst

Nach der Theorie des Marxismus-Leninismus handeln diejenigen zum Wohl des Volkes – und damit demokratisch –, die das Ziel des Sozialismus verfolgen. Bestenfalls über den richtigen Weg zu diesem Ziel könnte man sich streiten. Wer aber das Ziel selbst infrage stellte, stand

5 außerhalb der staatlichen Ordnung.

Darüber hinaus prägte die historische Erfahrung der Machtlosigkeit der Kommunisten angesichts der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 die neue Führung in der DDR zutiefst. Nie wieder sollte so etwas geschehen, selbst dann nicht, wenn – wie 1933 –

10 „reaktionäre Kräfte“ in einer Wahl die Mehrheit der Stimmen erhalten würden. Die Macht der Arbeiterklasse und die sozialistische Demokratie mussten um jeden Preis verteidigt werden. Das war im Verständnis der DDR wichtiger als formale demokratische Regeln.

Die SED

Als „Partei der Werktätigen“ beanspruchte die SED die Führung in Staat und Gesellschaft (siehe Station 7). Andere Parteien oder Gruppierungen mussten sich unterordnen, verschiedene Meinungen wurden nicht mehr zugelassen. In den Jahren 1949/50 wurden alle bestehenden Parteien und die wichtigsten Massenorganisationen zur „Nationalen Front“ zusammengeschlossen. In dieser „Nationalen Front“ bestimmte nur die SED über alle wichtigen politischen Entscheidungen. Alle anderen Parteien und Organisationen mussten sich diesen Entscheidungen unterordnen.

Die Volkskammer

Bei den Wahlen zur Volkskammer trat die „Nationale Front“ mit einer Einheitsliste an. Die Anzahl der Sitze auf dieser Liste wurde vorab zwischen den Parteien und Organisationen aufgeteilt. Da sich die SED immer die meisten Sitze sicherte, war ihr die absolute Mehrheit in der Volkskammer sicher. Die Wähler konnten nur zwischen Zustimmung und Ablehnung dieser Liste entscheiden.

Politbüro und Zentralkomitee

Die Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros konnten nur auf Vorschlag des Generalsekretärs gewählt werden. Das Politbüro war – zusammen mit dem Sekretariat – die eigentliche Schaltstelle der Macht. Es war personell eng mit den staatlichen Organen, dem Staatsrat und dem Ministerrat verflochten.

Station 2

Material 2

Ulbricht und Honecker: Einen Schulbuchartikel verfassen

Name	Erich Honecker	
Lebensdaten	25. August 1912 (Neunkirchen) – 29. Mai 1994 (Santiago de Chile)	
Familie	Vater: Wilhelm Honecker (Bergarbeiter) Mutter: Caroline Catharina Honecker (geb. Weidenhof)	
Lebensweg	nach der Schulzeit Arbeit auf einem Bauernhof in Pommern 1928: Dachdeckerlehrling 1930: Abbruch der Lehre, da er zum Studium an der internationalen Lenin- Schule der Kommunistischen Jugendinternationalen nach Moskau delegiert wird	
Politische Karriere	1922: Mitglied der Kommunistischen Kindergruppe Wiebelskirchen 1928: Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband Deutschland 1930: Eintritt in die KPD 1935: Flucht nach Frankreich, anschließend Rückkehr nach Berlin, um im Untergrund für die KPD zu arbeiten 1937: Inhaftierung (zehn Jahre Zuchthaus) 1945: Aufnahme in die „Gruppe Ulbricht“ 1946: Aufbau und Vorsitz der kommunistischen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ, bis 1955) 1955–1957: diverse Schulungsaufenthalte in Moskau 1958: Aufnahme in das Politbüro des ZK der SED (verantwortlich für Militär- und Sicherheitsfragen, maßgeblich für den Bau der Berliner Mauer) 1971: Wahl zum Generalsekretär des ZK der SED sowie Vorsitzender im Nationalen Verteidigungsrat 1976: Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrates 18. Oktober 1989: Abwahl aus allen führenden Ämtern („aus gesundheitlichen Gründen“) 3. Dezember 1989: Ausschluss aus der SED	
Politische Ausrichtung	ging entschieden gegen Regimekritiker vor, z. B.: (die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann); Ausbau der innerdeutschen Grenze mit Selbstschussanlagen; Ausbau der wirtschaftlichen Verstaatlichung und Zentralisierung; Ausweitung staatlich finanzierter sozialpolitischer Maßnahmen (groß angelegtes Wohnungsbauprogramm und Senken der Preise für Grundnahrungsmittel); lehnte die Reformpolitik Gorbatschows (Glasnost und Perestroika) ab	